

DONNERSTAG

Monster unter uns

Zwei neue Volkssportarten haben sich seit einiger Zeit in diesem Land eingebürgert. Die eine heißt *Pokémon Go*; so nennt sich bekanntlich die Modeerscheinung der mobilen Monsterjagd, der Jung und Alt massenweise erliegt. Bei der anderen breitenwirksamen Betätigungsform geht es darum, den Bundespräsidenten immer wieder nur deshalb neu zu wählen, weil das löbliche Kollegium des Verfassungsgerichtshofs fortwährend etwas am *Procedere* herumzumäkeln hat. Bei *Pokémon Go* versucht das Volk kleine hässliche Wesen, die so gelb sind wie die Gier und der Neid, zu fangen. Bei der anderen Sportart bemühen sich ein grünes und ein blaues



Alfred Dorfer versucht den Breitensport zu verstehen

Männchen, möglichst viele stimmwillige Wesen aus dem Volk einzufangen. Man kann nun darüber diskutieren, welches der beiden Spiele lustiger ist und welches den Intellekt mehr unterfordert. Fest steht, dass beim Monsterfangen eine kollektive Infantilisierung erst durch das Spiel entsteht. Beim Stimmenfangen ist kindisches Verhalten hingegen die absolute Grundvoraussetzung. Bei diesem Bewerb für zwei Soloathleten kann es aber durchaus auch zu Hilfestellungen aus dem Publikum kommen – etwa die Wahlempfehlung, welche die leibhaftige Unschuldsvormutung, die einmal der Sonnenjunge der österreichischen Politik war, nun für den blauen Faserschmeichler abgegeben hat. Ein Bären dienst, meinen viele. Das stimmt aber nicht, denn diese beiden Herren vereint, dass sie jeder auf seine Weise Integrität sehr eigenwillig interpretieren. Die Jagd nach den garstigen Monstern bietet jedoch gegenüber dem monströsen Fang-die-Hofburg-Game einen gewaltigen Vorteil: Sie ist gratis. Abgesehen von etwaigen neurologischen Irritationen, die durch ausufernde Spielpraxis entstehen könnten. Die erfreulichste Meldung kommt leider erst zum Schluss. Das Ergebnis der Bundespokémonwahl wird diesmal nicht in den Redoutensälen verkündet. Aus Kostengründen wird dieses stimmungsvolle Ereignis »in kleinerem« Rahmen stattfinden, wie es so schön heißt. Je nachdem, wem letztlich das Amt des Staatsoberhauptes zufällt, wird der finale Akkord entweder in einem Biosupermarkt oder an einem Schießstand ertönen. Gerüchtehalber soll die Bekanntgabe des Endergebnisses überdies auch als Zusatz-App zu den *Pokémon Go* dazugeladen werden können. Vielleicht findet dann Politik künftig überhaupt nur mehr als Smartphone-Event statt. »Wir werden uns noch wundern, was alles möglich ist«, wie ein großer Österreicher vor gar nicht so langer Zeit prophezeit hat.

AUSSERDEM

Eine Überschrift

Fuat, vel illum dolore eu feugiat nulla facilisis at vero eros et accumsan et iustus 00.500 Zeichen odio dignissim qui blandit praesent luptatum zzril delenit augue duiis dolore te feug 00.600 Zeichen ait nulla facilisi. Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit, sed di 00.700 Zeichen am nonummy nibh euismod tincidunt ut laoreet dolore magna aliquam erat volutpat. Dorem ipsum dolor sit amet, consectetur ad

ipiscingGiamet, core eu feumsandio elinibh eugue consed do od min henibh ero con eugiamet am vullumm odoloboreet, conseqi eu feugiat volortinim velenisi. Wisclis ad erciliquip ea feui tem dolor sequi enit, quip ea conseqi tiumansan henim adiam ilit iriurem aliquat praesto core molor-tisci ter, sequat, quisic iliquat. Am blaor sed tatumans vullumm odoloborper sim, quametum vero erilisiscin ut dolortin heniamc ommodolor accu dunt ad diamet dolore dit veros dolor sectet num alit luteu eugiat amet ut vis augueri usci-dunt ipit veliquisi tis alissim dolore enibh erat. Facin vulput num velit inibh et in henisit prat velit amcoreetum et wissi blandreet, velis accu exerci blam zzriuscidui blaor sed tatumans inim dolestis-cia con es erum doluptuscit volo molorias moles ut ea comnihilit officium aut quam consende moles-tem aut res maxime rrumet lam quia dellabo ruptur simus aliquiae cus et laborep udanimpolecul lendistrum et, volopo riorrorro despicil ma que offic to isquatq uaeped quas evel mini ut id quo est ipient, eturibus, venimustia nis utaepta quatem quasplietiae omnimin pratum est, comni-modis doluptae rent poresecus et assinis quid quat sedia aut ad quas aut essum hariatem dolor accabor atiu? Quiduciis demporibus accae volupti andel ium exerio te plias qui sum essitem laccusc imiliquas mil mos ium ipit perum vellupt atibusam, cus quia velibeatia iur? Oratur?

Sequam eniendis et eostiorunte reperro reputand, odicaestium in est odicipi dipsus.

Fugit volupta desequi autempo respis escia cum essint et acias porehenni as magnat ant. vullumm odoloborper sim ilicilis accu zzril utat. Bore modit wis ad magna consHenit amet aliquam commy nostrud magna feugue facilla feugiam volore magna feum volobore con volo 100. Orem iriusto odio ex et ut num il exero dipit vel ut nullums andigna facipsustrud exeril ex ex 200 feum do odionum murit luptatem num vent vul-luppat luptat, si.Sustie faccum sandio commodie ero 300 sed ercidunt lorem dolorper ip eugiate eriuatie erosHenit amet aliquammy

NOS OMMO QUATI TECAB



Richard Grasl, einst von der ÖVP als ORF-Finanzdirektor installiert, ...

Wie ein Konklave

Der ORF sucht einen Generaldirektor. Er sollte sich aber Fragen zur eigenen Verantwortung und Existenzberechtigung stellen. Das tut aber niemand. So bleibt es bei dem Ritual um ein Unternehmen, das alle Entwicklungen verschläft

VON REINHOLD HENKE

Offiziell gehört der ORF niemandem, außer sich selbst. Die Wahl des neuen, oder womöglich alten Generaldirektors, die nächste Woche erfolgt, zeigt aber wieder, wie sehr sich das Medienunternehmen in den Fängen der Parteipolitik befindet. Die Bestellung des Chefs ist ein gut eingetübtes Ritual, das immer nach demselben Muster abläuft.

Einander gegenüber stehen Alexander Wrabetz, seinerzeit von der SPÖ in die ORF-Führung geholt, und Richard Grasl, der von der niederösterreichischen ÖVP als Finanzdirektor in Position gebrachte ehemalige Redakteur des Landesstudios Niederösterreich.

Es ist wieder eine Wahl mit Argumenten, die so alt sind, wie der ORF selbst. Eine substanzielle Weiterentwicklung des Unternehmens hat, zumindest in den vergangenen 15 Jahren, nicht stattgefunden. Lässt sich der ORF eigentlich noch weiterentwickeln und soll er überhaupt reformiert werden?

Bereits vor zehn Jahren habe ich an dieser Stelle die Frage gestellt, ob denn das ORF-Management die Zukunftsfragen des Unternehmens außer Acht lasse, beziehungsweise ob es wegen der inneren Machtverflechtungen es nicht schaffe, die geänderten Erwartungshaltungen und gesellschaftlichen Themen des Publikums zu berücksichtigen.

Die Antwort damals wie heute war und ist: Nein, es schafft es nicht.

Wenn man sich die Wahlprogramme der beiden Kandidaten ansieht, so könnten sie ebenso gut aus den Zeiten früherer Bestellungen, etwa jener des glücklosen Gerhard Weis (1998) oder der ferngesteuerten Monika Lindner (2002) stammen. Die Kandidaten der Digitalisierung war damals ebenso ein Thema wie ein Versprechen. Und sie ist auch heute wieder Teil des Wahlkampfes.

Wieder wird zudem eine Art Regionalisierung zu Thema gemacht, um die Landeshauptleute gnädig zu stimmen; wieder wird der öffentlich rechtliche Programmauftrag strapaziert, so als ob dies eine sowohl eindeutige wie unzweifelhafte Regel sei, an die man sich bloß halten müsse. Die Kandidaten verfangen darin, beim Umbau von Abteilungen mit Planstellen zu jonglieren. Wieder einmal wird die Wettbewerbsfähigkeit des ORF beschworen, so als ob es einen normalen Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privaten Sendern gäbe.

Die ORF Wahl ist wie ein vatikanisches Konklave. Es gibt keine Inhalte, nur lähmendes Warten auf weißen Rauch: Wer hat es

diesmal geschafft? Mit keinem Wort wird das Problem der Gebührenfinanzierung angesprochen, deren Berechtigung längst nicht mehr gegeben ist. Auch deswegen nicht, weil der Bildungsauftrag des ORF als Rechtfertigung in Wahrheit nicht mehr möglich scheint.

Der ORF finanziert sich zu rund 64 Prozent aus Gebühren, die der Fernsehkonsument auch dann bezahlen muss, wenn er die Programme nicht konsumiert. Auf diesem gesicherten Einnahmesockel täuscht der ORF Wettbewerb vor und möchte sich am liebsten wie jeder andere Mitbewerber am Markt der TV Anbieter verhalten.

Dabei wäre es aber höchste Zeit den ORF neu zu erfinden. In den beiden Geschäftsführungsperioden von Alexander Wrabetz wurde sträflich die Diskussion darüber vernachlässigt, welche inhaltliche Zukunft der ORF nun tatsächlich haben kann. Dass unter den erfolgreichen Leistungen der Geschäftsführung Wrabetz vor allem die klaglose Abwicklung des European Song Contests und die Vermeidung eines Umzugs an einen neuen Standort aufgelistet wird, spricht Bände.

Von dem noch agierenden Generaldirektor ist nicht ein einziger Satz aus der jüngsten Vergangenheit überliefert, mit dem er die Verantwortung und Aufgabenstellung des öffentlich-rechtlichen Mediums in einer schwierigen gesellschaftspolitischen Situation, die von Flüchtlingsströmen, Integrationsproblemen, Arbeitslosigkeit, Sicherheitsbestrebungen und europäischen Erschütterungen dominiert wird.

Man muss aber den Generaldirektoren andererseits auch zu Gute halten, dass die Parteien, die sie jeweils unterstützt haben, zu keiner Zeit eine wirklich grundsätzliche Diskussion über diese Themen geführt oder eingefordert haben. Und auch die Mitglieder des Stiftungsrates haben nahezu nichts dazu vermeldet.

Dieser Mangel ist neuerdings ganz besonders schmerzhaft zu spüren. Vor zehn Jahren mag die Frage gelautet haben, wie der ORF seine Zukunft als multimediales, wettbewerbsfähiges Gesamtmedium definieren und behaupten müsse. Mittlerweile sind wesentliche und viel genauer zu definierende gesellschaftliche Aufgabenstellungen hinzugekommen. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Parameter haben sich nämlich wesentlich geändert.

Der ORF als öffentlich-rechtliches Medium hat kraft seiner

letztlich mit Gebühren finanzierten Potenz im Gegensatz zu den privaten Sendern eine besondere Aufgabe zu erfüllen.

Hätte er diese nicht, bliebe nur die Alternative, den ORF in eine beliebige Markt- und Wettbewerbsposition mit klarer Eigentümerstruktur zu entlassen. Zum Beispiel indem das Unternehmen aufgeteilt oder in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Dadurch würde der ORF wie ein Industrieunternehmen mit staatlicher Mehrheit agieren, im Gegenzug aber auf jegliche Gebührensfinanzierung verzichten müssen.

Dann könnte sich das Unternehmen in Beurteilung der Marktchancen aussuchen, wie weit es sich als Filmproduktionsfirma, beziehungsweise als reine Quotenmaschine mit Soap Operas, billigen Reality Shows und ähnlichem Klimbim behaupten will.

Dass das eine schreckliche Vision ist, soll zur Vorbeugung von Missverständnissen eindeutig unterstrichen werden.

Die europäische und damit auch österreichische Gesellschaft steckt mitten in großen Verwerfungen, die für ein öffentlich-rechtliches Medium in seiner

besonderen sozialen Rolle, eine Herausforderung darstellen. Frühere Generaldirektoren mögen in ihren Bewerbungen als ultima ratio zu Recht die Weiterentwicklung der Digitalisierung, die Regionalisierung oder die auch Förderung österreichischer Film- und Fernsehproduktionen genannt haben. Dass die Umsetzung ihrer großen Ankündigungen kaum erfolgte, respektive mehr oder weniger daneben gegangen ist, steht auf einem anderen Blatt – wenn man von der Einführung des superseichten Frühstücksfernsehens aus den Bundesländern als Kopie bestehender privatrechtlicher Formate absieht.

Jetzt aber steht der ORF mehr denn je auf dem Prüfstand der Verantwortung. Und mit ihm die Politik, die eine Erneuerung der mittlerweile völlig untauglichen, weil zu allgemein gehaltenen Beschreibung des im ORF-Gesetz festgehaltenen Programmauftrags beschließen müsste. Wenn das zuviel verlangt ist, dann müsste zumindest der Stiftungsrat über diese Themen diskutieren – ohne parteipolitisches Kalkül. Tatsächlich verspüren aber die Stiftungsräte als Sendboten ihrer Parteien und parteinahen Organisationen wenig Interesse dazu. Vielleicht fehlt ihnen auch das notwendige Wissen dazu.

Dabei geht es um nicht mehr und nicht weniger, als um den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Rolle, die der ORF dabei spielen kann und spielen muss.

ORF

... fordert den SPÖ-nahen Alexander Wrabetz bei der Wahl zum Generaldirektor heraus



Fotos (Ausschnitte): Sebastian Reich/epa/Picture-Alliance; Georg Hochmuth/epa/Picture-Alliance (2)